TERMINE
Ausgewählte Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen

Nationale Gesetze (laufende Verfahren)

Gesetz zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz) - zustimmungsfrei -	
▪ Maßnahmen zur kurzfristigen Liquiditätssicherung der Krankenhäuser ▪ Einführung eines Krankenhaus-Transparenzverzeichnisses ▪ IQTIG als Betreiber des Verzeichnisses ▪ Datenerhebung und Zuordnung der Krankenhäuser zu Leveln durch das InEK	
offen	Inkrafttreten
vsl. 22.03.2024	Befassung Bundesrat
21.02.2024	Sitzung des Vermittlungsausschusses
24.11.2023	Bundesrat - Anrufung Vermittlungsausschuss
19.10.2023	2./3. Lesung Bundestag
27.09.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
21.09.2023	1. Lesung Bundestag
13.09.2023	Kabinettsbeschluss (Formulierungshilfe)
30.08.2023	Verbändeanhörung BMG
11.08.2023	Formulierungshilfe der Bundesregierung für die Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP

Medizinforschungsgesetz (MFG) - zustimmungsfrei -	
▪ Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für klinische Prüfungen und des Zulassungsverfahrens von Arzneimitteln und Medizinprodukten ▪ Möglichkeit für pharmazeutische Unternehmen zur Vereinbarung vertraulicher Erstattungsbeträge bei Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen	
27.03.2024	Kabinettsbeschluss
20.02.2024	Verbändeanhörung BMG
17.01.2024	Referentenentwurf

Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CanG) - zustimmungsfrei -	
▪ Regelung der kontrollierten Weitergabe von Konsumcannabis an Erwachsene zu nicht-medizinischen Zwecken	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
vsl. 22.03.2024	2. Durchgang Bundesrat

23.02.2024	2./3. Lesung Bundestag
06.11.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
18.10.2023	1. Lesung Bundestag
29.09.2023	1. Durchgang Bundesrat
16.08.2023	Kabinettsbeschluss
05.07.2023	Referentenentwurf
28.04.2023	Arbeitsentwurf
12.04.2023	Neue Eckpunkte der Bundesregierung
25.10.2022	Eckpunkte der Bundesregierung

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG) - zustimmungspflichtig -	
▪ Ausweitung des unmittelbaren Gültigkeitsbereiches des Onlinezugangsgesetzes auf Krankenkassen und gesamte Sozialversicherung ▪ Krankenkassen werden zu unmittelbarer Anbindung an das Bürgerkonto des Bundes verpflichtet	
Am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Quartals	Inkrafttreten
23.02.2024	2./3. Lesung Bundestag
21.02.2024	Beschluss im Ausschuss für Inneres und Heimat
09.10.2023	Anhörung im Ausschuss für Inneres und Heimat
20.09.2023	1. Lesung Bundestag
07.07.2023	1. Durchgang Bundesrat
24.05.2023	Kabinettsbeschluss
20.01.2023	Referentenentwurf

Reform der Notfallversorgung	
▪ Ausbau der Terminservicestellen und Vernetzung mit den Rettungsleitstellen ▪ Bundesweite Vereinheitlichung der notdienstlichen Akutversorgung, Anpassung Sicherstellungsauftrag KVen ▪ Flächendeckende Einrichtung Integrierter Notfallzentren	
15.01.2024	Eckpunkte
07.09.2023	Regierungskommission legt Stellungnahme „Reform der Notfall- und Akutversorgung: Rettungsdienst und Finanzierung“ vor
13.02.2023	Regierungskommission legt Stellungnahme “Reform der Notfall- und Akutversorgung: Integrierte Notfallzentren und integrierte Leitstellen” vor

Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz – GVSG)
- zustimmungsfrei -

- Entbudgetierung der hausärztlichen Versorgung (Vorbild: entbudgetierte Kinder- und Jugendärzte)
- Einführung von Gesundheitskiosken auf alleinige Initiative der Kommune, Finanzierung zu 74,5 Prozent durch die GKV
- Gründung von Primärversorgungszentren (PVZ) als besonderes hausärztliches Angebot, die mit Kommunen und lokalen Leistungserbringern kooperieren sollen
- Etablierung von Gesundheitsregionen als Alternative zur Regelversorgung zur sektorenübergreifenden Vernetzung der Versorgungsakteure, Finanzierung jeweils hälftig durch die GKV und die jeweilige Kommune
- GKV-Spitzenverband soll verpflichtende Vorgaben zur Transparenz über die Servicequalität machen, bspw. hinsichtlich der Bearbeitungsdauer von Anträgen der Kassen
- Verbot der Erstattung homöopathischer und anthroposophischer Arzneimittel und Leistungen als Satzungsleistung der gesetzlichen Krankenkassen

Ankündigung weiterer Maßnahmen (Maßnahmenpaket)

- Jahrespauschalen für Hausarztpraxen, die Patienten mit chronischen Erkrankungen behandeln
- Vorhaltepauschalen für "Versorgerpraxen", die bspw. Hausbesuche durchführen oder einen großen Patientenstamm versorgen
- Einführung einer Bagatellgrenze bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung in Höhe von 300 Euro
- Abschaffung der Präqualifizierungspflicht für Vertragsärzte, die Hilfsmittel direkt an Patienten abgeben
- Abschaffung des zweistufigen Antragsverfahrens (vor dem zweiten Therapiekontingent) in der ambulanten psychotherapeutischen Kurzzeittherapie

09.01.2024	Vorstellung Maßnahmenpaket
19.12.2023	Überarbeiteter Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)
15.06.2023	Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)

Gesetz zur Reform der Berufe in der Physiotherapie (Physiotherapieberufereformgesetz – PhyThBRefG)
- zustimmungsfrei -

- Umfassende Reform der Physiotherapieausbildung, inklusive Teilakademisierung der Berufe in der Physiotherapie

21.12.2023	Referentenentwurf

Apothekenhonorar- und Apothekenstrukturreform

- Sicherstellung der flächendeckenden Arzneimittelversorgung durch:
  - Honoraranreize für Apotheken in ländlichen Regionen, gerechtere Verteilung der Honorare (u. a. Erhöhung der Notdienstpauschale)
  - Einführung Telepharmazie
  - Neue Aufgaben in der Versorgung (etwa bei Prävention und Früherkennung)
- Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Flexibilisierung

20.12.2023	Eckpunkte

Pflegekompetenzgesetz	
▪ Etablierung des Berufsbildes Advanced Practice Nurse: eigenständige Ausübung von Heilkunde in ärztlich oder pflegegeleiteten Einrichtungen ▪ Erweiterung der Befugnisse für Pflegefachpersonen (z. B. häusliche Krankenpflege, Empfehlung von Pflegehilfsmitteln) ▪ Aufhebung der verpflichtenden Modellprojekte zur Übertragung ärztlicher Tätigkeiten an Pflegekräfte ▪ Erprobung der Pflegebegutachtung in der Langzeitpflege und beim Entlassmanagement im Krankenhaus durch Pflegefachpersonen statt durch den Medizinischen Dienst (MD) ▪ Einführung eines pflegegradunabhängigen Anspruchs auf Pflegeprozesssteuerung durch Pflegefachpersonen ▪ Etablierung einer berufsständischen Vertretung auf Bundesebene	
19.12.2023	Eckpunkte

Krankenhausreform - zustimmungspflichtig -	
▪ Krankenhausplanung nach bundeseinheitlichen Leistungsgruppen ▪ Einführung einer Vorhaltevergütung ▪ Regelungen zu sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen	
13.11.2023	Überarbeiteter Arbeitsentwurf
27.09.2023	Überarbeiteter Arbeitsentwurf
19.09.2023	Arbeitsentwurf Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz
10.07.2023	Gemeinsame Eckpunkte von Bund und Ländern
06.12.2022	Regierungskommission legt Stellungnahme „Grundlegende Reform der Krankenhausvergütung“ vor

Bürokratieabbau im Gesundheitswesen	
▪ Pflicht zur Vorlage der AU-Bescheinigung bei Erkrankung des Kindes erst ab dem 4. Tag ▪ Abschaffung der Krankenhausabrechnungsprüfung in der stationären Kinder- und Jugendmedizin ▪ Maßnahmen zum Bürokratieabbau in der Hilfsmittelversorgung (u. a. Anpassung der Hilfsmittelverträge der Krankenkassen, teilweise Abschaffung der Präqualifizierung) ▪ Automatische Datenmeldung an die Krankenkassen zur Beitragsfestsetzung	
07.11.2023	Eckpunkte

Gesetz zur Regelung der Nachfolge der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BIPAM-Errichtungsgesetz)	
▪ Überführung der BZgA zum 01.01.2025 in ein neues Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) als koordinierende und steuernde Institution für die Öffentliche Gesundheit auf Bundesebene ▪ Neuverteilung der Arbeitsschwerpunkte: BIPAM befasst sich mit nicht-übertragbaren Krankheiten, Robert Koch-Institut (RKI) mit übertragbaren Krankheiten	
16.10.2023	Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)
03.10.2023	Eckpunkte

Gesetz zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten (Gesundheitsdatennutzungsgesetz – GDNG) - zustimmungsfrei -	
▪ Kranken- und Pflegekassen können versichertenindividuelle Versichertendaten nutzen (z. B. Arzneimittel-therapiesicherheit, Krebsfrüherkennung) ▪ Einrichtung zentraler Datenzugangs- und Koordinierungsstelle für Gesundheitsdaten beim BfArM ▪ Verfügbarkeit von Daten im Forschungsdatenzentrum wird erhöht – Verknüpfung mit klinisch. Krebsregistern ▪ Einführung einer federführenden Datenschutzaufsicht in der Versorgungs- und Gesundheitsforschung	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
02.02.2024	2. Durchgang Bundesrat
14.12.2023	2./3. Lesung Bundestag
15.11.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
09.11.2023	1. Lesung Bundestag
20.10.2023	1. Durchgang Bundesrat
30.08.2023	Kabinettsbeschluss
04.08.2023	Referentenentwurf

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz – DigiG) - zustimmungsfrei -	
▪ Flächendeckende Einführung der elektronischen Patientenakte ab dem 15.01.2025 für jeden Versicherten, Deaktivierung nur noch bei ausdrücklichem Widerspruch (Opt-Out) ▪ E-Rezept soll künftig auch über die ePA-Apps der Krankenkassen eingelöst werden können ▪ Mindestens 20 Prozent des Vergütungsbetrags von DiGA soll künftig erfolgsabhängig ermittelt werden ▪ Begrenzung der Videosprechstunden auf maximal 30 Prozent der ärztlichen Arbeitszeit wird aufgehoben	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
02.02.2024	2. Durchgang Bundesrat
14.12.2023	2./3. Lesung Bundestag
15.11.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
09.11.2023	1. Lesung Bundestag
20.10.2023	1. Durchgang Bundesrat
30.08.2023	Kabinettsbeschluss
13.07.2023	Referentenentwurf

Nationale Verordnungen (laufende Verfahren)

Verordnung über die Maßstäbe und Grundsätze für die Bemessung des Personalbedarfs in der stationären Krankenpflege (Pflegepersonalbemessungsverordnung – PPBV) - Zustimmung Bundesrat notwendig -	
▪ Regelung der Personalbemessung auf Normalstationen für Kinder und Erwachsene und Intensivstationen für Kinder ▪ Übermittlung der erhobenen Daten an das InEK	
01.06.2024	Inkrafttreten
vsl. 22.03.2024	Bundesrat
26.10.2023	Referentenentwurf

Dritte Verordnung zur Änderung medizinprodukterechtlicher Vorschriften - Zustimmung Bundesrat notwendig -	
▪ Anwendungsbereich der Verordnung wird erweitert ▪ Reduzierung des Dokumentations- und Prüfaufwandes bei risikoarmen, durch die Krankenkassen bereitgestellten Produkten ▪ Für Produkte in Form einer Software mit erhöhtem Risikopotenzial werden Prüfvorgaben eingeführt	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
20.10.2023	Referentenentwurf

EU-Gesetzgebung

EU-Pharmapaket	
▪ Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für Arzneimittel u. a. mit folgenden Kernelementen: – Stärkung der Verfügbarkeit und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln – Bewahrung eines innovationsfreundlichen Umfelds für Forschung, Entwicklung und Herstellung von neuen Arzneimitteln in der EU – Behebung von Arzneimittelengpässen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit – Einführung von Investitionsanreizen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel – Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenzen	
13.06.2023	Beschluss des Rates zur Annahme der Empfehlung zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen
26.04.2023	Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Richtlinie und eine neue Verordnung Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen